Moblenz-Lützel, den 27. Sept. 1950

asb'n

Amt für Wiedergutmachung nationalwozialistischen Unrechts

> Coblens Aurgstr. 6 - 8

DEUTSCHER BUNDESTAG.

d. dungles Stastaminister a.D.

Or

Sec. 435 65 1 118

Im Minbliok auf den § 34 des Landesgesetzes über die Intachädigung der Opfer des Mationalsozialismas vom 22. Mai 1950 gestett ich mir die Anfrage, ob nach dem nachstehenden Sachverhalt ein Antrag auf Entschädigung nach der Fraxis Ihres Amtes Aussicht

Ich wer von 1920 bis Juni 1933 Sekretär der Christlichen Gewerkscheften, zuletzt von 1928 bis 1933 beim Stein- und Keremik Arbeiterverbend in Mayen, Mein damsliges Einkommen betrug monst lich rund 450,-- Mark. Ende Juni 1933 wurde ich durch die DAP entlassen. Die Gründe der Entlassung ehemsliger Gewerkschaftsgentlassen. Die Gründe der Entlassung ehemsliger Gewerkschaftsgentlassen wohl nicht besonders angeführt zu werden. In der Folgeseit habe ich mich eine zeitleng sle Versicherungengent durchgeschlagen, konnte dann ab Dezember 1934 in einem Frivatbetrieb die Arbeit wieder sufnehmen, wo ich jedoch nur ein Enuttoeinkommen von monstlich 150,-- Mark bezog. Ich bin zwer im September 1940 ehne mein Sutun beim Arbeitenst Koblenz, nachdem ich bei meiner früheren Stelle arbeitzlos geworden werseingestellt worden. Doch erreichte auch dort das Einkommen mein Früheres nicht.

Mein besonderes Anliegen wegen dieser Wiedergulmachung liegt im wesentlichen in der Tatasche, daß meine Angestellten-Versicherung in der fraglichen Zeit erheblich hinter der vorherigen Reitragsleistung zurückbleiben mußte, sodaß für die apätere Rentenversorgung ein erheblicher Nachteil entstanden ist. Ich hin euch heute, de ich nie Beamter geworden bin, auf die Angestelltenversicherungerente in Balle meiner invelidität ange wiesen, sodaß mich diese Angelegenheit besondere interessiert.

[[ovennuthoshool

Durchschriftlich dem RWvV Koblenz zur Kenntnisnahme

Landesamt für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen Rheinland-Pfalz

Referat II/6

Mainz, der 11. Mai 1956
Grdl.Nr. a 1370
Akt.-Z.
Lfd.-Nr. 8/3

Kartei: 11 9/6 56/20

Staatsminister a.D.
Johann Junglas
12.2.1898

Koblenz - Lützel

Wiesenweg 14

2. Ausfertigung

1. Aus

FESTSTELLUNGSBESCHEID E (1/98

Off Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. September 1953 (BGB1.I S.1387) in Verbindung mit der 3.DVO zum BEG vom 6.4.1955 (BGB1.I S. 157) wird auf Ihren Antrag vom 28.11.1951 auf Entschädigung für

Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen

folgendes festgestellt.

- 1.) Der/Die Antragsteller ist Verfolgte im Sinne des § 1 AOS. 1 BEG.
- 2.) Es besteht Anspruch auf Entschädigung, da der/die Antragsteller aus seinem/ihrem privaten Dienstverhaltnis durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verdrängt und somit nicht nur geringfügig benachteiligt worden ist (§§ 8, 25 und 34 EEG in Verbindung mit § 36 Abs.2 der 3. DVO zum EEG).
- 3.) Der/hie Antragsteller wird gemäß § 36 Abs.1 BEG in Verbindung mit § 40 der 3.DVO zum BEG nach seiner/ihrer Berufsausbildung und seiner/ihrer wirtschäftlichen und sozialen Stellung vor Beginn der Verfolgung in die vergleichbare Beamtengruppe des eingestuft.
- 4.) Es wird Kapitalentschädigung für Schaden aus privater Dienstverhältnis gewährt in Höhe von

DM 3.345.20

(in Worten: Dreitausenddreihundertfünfundvierzig 20/100 DM)

Auf diese Entschädigung in Höhe von

Sind gem. § 4 BEG Vorausleistungen anzurechnen m.

DM

verbleiben zu Gunsten des/dem Berechtigten

DM

3.345.20

- 2 -

Die Auszahlung dieser Kapitalentschädigung erfolgt gemäss § 78 BEG.

Der Entschädigungsbetrag in Höhe von DM ... ist fällig gestellt.

Die Auszahlung des Restbetrages von DM 3.345.20erfolgt

Anspruch auf Gewährung einer Rente gemäss § 36 Abs.5 BEG besteht nicht, da der/diam Antragsteller nicht das 600 mm 65. Lebensjahr erreicht hat bezw. erwerbsunfähig ist.

## Rechtsmittelbelehrung

Dieser Feststellungsbescheid wird 3 Monate nach Zustellung rechtskräftig, wenn nicht innerhalb dieser Frist Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz vor dem Landgericht -Entschädigungskammer- in Mainzerhoben wird.

Von einer Klage bleibt der positive Teil dieser Entscheidung ausgeschlossen.

Der Bescheid wird vor Ablauf der Klagefrist rechtskräftig, sobald Sie durch schriftliche Erklärung auf Einlegung von Rechtsmittel verzichten.

## Sachverhalt

Der Antragsteller, Herr Staatsminister a.D. Johann Junglas, geb. am 12.2.1898, wohnhaft in Koblenz-Lützel, erhebt mit Antrag vom 28.11.1951 Anspruch auf Ersatz für Schäden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen.

Der Antragsteller trägt vor, dass er seit 1920 Sekretär der christlichen Gewerkschaft Stein- und Keramik war. Ende Juni 1933 sei er durch die DAF entlassen worden. Da er der Zentrumspartei und verschiedenen anderen Gremien angehört habe, sei er vorerst nicht in Arbeit vermittelt worden und habe sich zunächst als Versicherungsvertreter durchgeschlagen.

Ab Dezember 1934 habe er als Angestellter in Privatbetrieben Beschäftigung gefunden.